



Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Bürgerschaft in den Städten Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel ist im Zusammenhang mit der von Ihrer Landesregierung geplanten Kreisreform verstärkt mit Fragen zur zukünftigen Entwicklung unserer Städte an uns herangetreten. Die Bürger sorgen sich um die Identität ihrer traditionsreichen kreisfreien Städte und wollen verbindlich wissen, was und warum sich etwas ändern soll. Sie wollen auch wissen, wie nach den Ihrerseits geplanten Einschnitten in die Selbständigkeit der Städte sich die positive Entwicklung unserer Städte seit der Wende 1989/90 weiter vollziehen soll. Welche Möglichkeiten und konkreten Kompetenzen haben die Städte zukünftig noch, z.B. für die selbständige Gestaltung der Gesundheitsvorsorge, des ÖPNV, der Stadtentwicklung, des Umweltschutzes, der sozialen Fürsorge, der Schullandschaft oder bei Fragen des Feuerwehr- und Rettungsdienstes?

Die Bürgerinnen und Bürger interessieren sich sehr für die Frage, ob und wo zukünftig Ansprechpartner vor Ort sein werden, wo man Hilfestellungen bekommt und wie weit die Wege dafür werden.

Auch in den Stadtparlamenten erreichen uns dazu Fraktionsanfragen, die aufgrund von landesseitig fehlenden Informationen derzeit nicht beantwortet werden können. Zur Klärung dieser und anderer Fragen wurde mit dem stv. Ministerpräsidenten, Herrn Finanzminister Görke ein Spitzentreffen vereinbart, zu dessen Vorbereitung ein Gespräch auf Fachebene stattfinden sollte.

Diese Vorgespräche fanden bisher mit Vertretern des Ministeriums der Finanzen und des Innenministeriums statt. Erstaunlicher Weise konnten zahlreiche detaillierte Fragen der Delegationen aus unseren Städten zur zukünftigen Aufgabenwahrnehmung dort nicht beantwortet werden. Überraschend waren auch Aussagen der Landesvertreter, wonach den Städten sämtliche Aufgaben entzogen werden sollten, für die anderenorts ein Kreis zuständig wäre, die bei uns aber ortsnah und effizient als einheitliche städtische Aufgabe wahrgenommen werden. Wir wurden hierzu auf die Landesorganisationsgesetze verwiesen. Zur Frage des möglichen Verbleibs von oberzentralen Aufgaben wurden unterschiedliche Aussagen gemacht.

Diese Aussagen widersprechen diametral bisherigen Aussagen von Mitgliedern der Landesregierung, wonach die Städte einen breiten oberzentralen Aufgabenkanon, wie z.B. den ÖPNV, behalten sollen.

Wir gehen davon aus, dass die von Ihrer Landesregierung proklamierte „Stärkung der Oberzentren“ durch die Wahrnehmung und Beibehaltung von oberzentralen Aufgaben untersetzt wird. Wir gehen zudem davon aus, dass Sie die von Ihrer Landesregierung proklamierte „Stärkung der Oberzentren“ nicht einem womöglich zufälligen Verhandlungsergebnis zwischen Landrat und Oberbürgermeister überlassen, sondern dass es landesseitig einheitliche Vorstellungen für die oberzentralen Funktionen der Städte Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel gibt.

Diese und andere Fragen hatten wir den Landesvertretern gestellt und waren anschließend erstaunt, Gesprächsinhalte und (unsererseits nicht bestätigte) Zahlen aus einzelnen Fachgesprächen in der Presse nachlesen zu können, offenbar in Zusammenhang mit Kreis- und Fraktionsgesprächen des Vorsitzenden der DIE LINKE im Land Brandenburg.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir schlagen vor, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger in den Städten Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel nicht länger im Unklaren über die wichtigen Fragen der Wahrnehmung der zukünftigen kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben lassen und Sie in einem gemeinsamen Spitzentreffen den Oberbürgermeistern der drei Städte Ihre Vorstellungen zur einheitlichen Untersetzung der Ihrerseits proklamierten „Stärkung der Oberzentren“ vorstellen und uns zur Vorbereitung entsprechend einheitliche Materialien zur Verfügung stellen.

Wir denken, der Ansatz eines gemeinsamen Spitzentreffens dürfte der beste Weg sein, um sich direkt und ohne Missverständnisse über die gegenseitigen Vorstellungen auszutauschen.

Wir dürfen Sie freundlich bitten, ein solches Gespräch Ihrerseits einheitlich über die Staatskanzlei vorbereiten zu lassen und sich diesbezüglich mit unseren Büros in Verbindung zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dietlind Tiemann
Oberbürgermeisterin
Brandenburg an der Havel

Dr. Martin Wilke
Oberbürgermeister
Frankfurt (Oder)



Holger Kelch
Oberbürgermeister
Cottbus